

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verlehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeb. Einzelnummern 100 Mk. z. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad, Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beitzelle oder deren Raum Mk. 130.—, auswärtig Mk. 150.—. Reklamezelle 350 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterstellung werden jeweils 75 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenaufnahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturfällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 108

Februar 1923

Wildbad, Freitag, den 11. Mai 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Was bedeuten die 1,2 Milliarden Goldmark?

In den Friedensverhandlungen in Versailles verlangte Frankreich anfänglich eine Kriegsschädigung von 3000 Milliarden Goldfranken, als man dann Deutschland im Vertrag aller seiner Guthaben im Ausland, des ganzen Kriegsmaterials, sämtlicher Kolonien und großer wertvoller Landesteile beraubt hatte, verlangte der französische Finanzminister Aloth in einer Rede vor der Kammer immer noch 375 Milliarden Goldfranken von Deutschland. Für diese Forderung wurde noch ein Jahr später, im November 1920, vom französischen Ministerium der besetzten Gebiete allein der Wert der Entschädigungen an die Briten mit 140 Milliarden Goldfranken festgelegt und Deutschland zur Last geschrieben. An der Zahl von rund 370 Milliarden Goldfranken ist nicht nur von französischen Ministern noch in den ersten Monaten des Jahres 1921 festgehalten worden, und selbst England ist die Herabsetzung auf knapp die Hälfte dieser Summe, auf die bekannten 138 Milliarden Goldmark durch die Londoner Uebereinkunft vom 27. April 1921, als so großes Entgegenkommen und Opfer erschienen, daß es sich an dem verhängnisvollen Ultimatum an Deutschland in nachdrücklicher Weise beteiligt hat.

50 Milliarden Goldmark hat Deutschland damals unter dem Druck dieses Ultimatum an Schuldverpflichtungen ausstellen müssen. Frankreich glaubte, mit Leichtigkeit diese Summe bei der Weltfinanz unterbringen und beliehen lassen zu können. Aber niemand dachte daran, weil im Hintergrund noch die 82 Milliarden Schatzanweisungen der Ausgabe C lauerten, die natürlich bei ihrem Erscheinen die Reihen A und B entwertet hätten. 50 Milliarden Goldmark hatte ja Deutschland auch im April 1921 in London angeboten, und damit eine Tilgungslast von jährlich annähernd 3 Milliarden Goldmark auf sich genommen. Aber schon die Entrichtung der ersten Goldmilliarde hatte den Zusammenbruch der deutschen Finanzen gebracht. In der ganzen Welt wunderte man sich über diesen Niederbruch, und Deutschlands Gegner, in erster Linie Frankreich, dichteten dem bösen deutschen Volk sofort die Bekundung schlechten Willens an. Welche Kurzsichtigkeit dies bedeute, muß in nicht allzu ferner Zeit schließlich auch den fanatischsten Gegnern klar werden. Woher sollte Deutschland die verlangten Goldmark nehmen? Da ihm der ausländische Kredit fehlte, und da ihm alle Auslandsguthaben entzogen waren, doch nur aus der eignen Wirtschaft, d. h. aus den Gewinnen der eignen Wirtschaft. Aber Deutschland hatte nicht nur Gold abzuführen, sondern auch Kohlen, Schiffe, Maschinen, Fahrzeuge, Materialien aller Art, Tiere usw. herauszugeben, ohne dafür auf dem Weltmarkt als Käufer auftreten zu können. England ließ außerdem eine hohe Einfuhrabgabe auf deutsche Waren praktisch werden, die die größte Erschwernis für das Wiederwachsen der deutschen Verdienstmöglichkeit bedeutete.

Nachdem Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 nach amtlichen deutschen Zahlen 2230 Millionen Goldmark in bar gezahlt und für 3752 Millionen Goldmark in Sachlieferungen getätigt hatte, außerdem schon rund 37 Milliarden Goldmark an eigenen Werten (ohne Esch-Bohringen und Kolonien) abgetreten hatte, da war Deutschlands Kraft zu Ende, der Wert seiner Papiermark sank in den Abgrund. Trotzdem hat Deutschland seinen angeleglichen bösen Willen noch weiter getrieben, im Januar 1923 in Paris einen Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark anzubieten, der sich in spätestens acht Jahren auf 30 Milliarden Goldmark erhöhen sollte. Deutschland glaubte dies tragen zu können, wenn es aller sonstigen Fesseln des Versailler Vertrags ledig würde; und ein Angebot in fast derselben Form stellt auch die neueste deutsche Note vom 2. Mai 1923 dar.

Ihr Kernstück bildet die Verpflichtung, daß Deutschland jährlich mindestens 1,2 Milliarden Goldmark an Kriegsschädigung aufbringen will, womit in unmittelbarer Wirkbarkeit auf die deutschen Finanzen allerdings erst nach vier Jahren begonnen werden soll. Diese Erholungspause ist nötig um Deutschland überhaupt wieder zahlungsfähig zu machen. Wer von der jetzigen Unfähigkeit nicht überzeugt sein sollte, lese sich zur Belehrung den letzten deutschen Friedenshaushalt an. Das Rechnungsjahr 1913 hat mit 3,169 Milliarden Goldmark abgeschlossen, d. h. der ordentliche Haushalt mit 3,049 Milliarden, der außerordentliche mit 120 Millionen. Die ordentlichen Einnahmen sind in der Hauptsache aus Steuern, Zöllen und Abgaben geflossen, die nicht weniger als 1,955 Milliarden Goldmark eingebracht haben, die damals schon als äußerste Tragfähigkeit der Wirtschaft gehalten wurden. Was aber bedeuten diese fast zwei Milliarden Goldmark Steuern und Abgaben heute? Sie stehen einer Einnahme von etwa 12 Millionen Papiermark gleich. Dazu kommt aber noch, daß Post und Telegraphenverwaltung damals 143 Millionen Goldmark Ueberschuß brachten und selbst die damals noch keine Reichsbahnverwaltung noch 45 Millionen ab-

Kurze Tagesübersicht.

Gegen den erbärmlichen Rechtsbruch des französischen Militärgerichts in Werden gegen Krupp und seine Mitarbeiter herrscht in ganz Deutschland helle Empörung. Auch die Reichsregierung hat ihrem Abscheu gegen das Schandurteil Ausdruck gegeben und die Reichstagsitzung am Donnerstag wurde zu einer mächtigen Protestkundgebung.

Englische Minister gaben im Parlament Erklärungen zur französischen Antwortnote ab, die in „unnötiger Ueberschätzung“ abgegeben worden sei, worüber man in Paris verstimmt ist.

Die englische Antwortnote ist für Freitag oder Samstag zu erwarten. Sie soll die Aufforderung zu neuen deutschen Vorschlägen enthalten, damit der Verhandlungsweg beschritten werden kann. Auch die italienische Antwort wird am Freitag erfolgen.

Die neue Zwischenverordnung wird am Freitag in Kraft gesetzt.

Die Verteidigung hat gegen das Schandurteil des Werdener Kriegsgerichts Revision eingeleitet, die voraussichtlich am 18. Mai vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf verhandelt wird.

waif, beide Institute aber heute große Zuschußgebiete sind, auch nicht ohne die Schuld der Diktatoren von Versailles. Demgegenüber hat die Verwaltung des Reichsheers und der Marine damals zusammen nur rund eine Milliarde erfordert. Das heute auf Anordnung der Sieger bestehende Berufsheer aber kommt nicht viel billiger zu stehen, und außerdem ist der deutsche Haushalt durch andre unumgängliche Neuausgaben belastet. Nehmen wir an, daß im deutschen Haushalt die weitestgehenden Kürzungen in den Ausgaben vorgenommen würden, so müßte ein halbwegs geordneter Haushalt immerhin auf 2 Milliarden Goldmark Einnahmen rechnen können, und das bedeutet heute, wie gesagt, mindestens 12 000 Milliarden Papiermark. Die gesamten Reichseinnahmen aber haben vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 nur 1500 Milliarden Papiermark betragen, wobei der Voranschlag um 500 Milliarden überschritten worden ist. In diesen Einnahmen ist ein großer Teil der jüngsten Steuerflut schon inbegriffen. Nehmen wir an, daß auch weiterhin mit einer Ueberschreitung des Voranschlags um 50, ja sogar um 100 v. H. gerechnet werden kann, so ergibt sich erst eine Gesamteinnahme des Reichs von 2000 bis 2500 Milliarden Papiermark, dem ein normaler Bedarf von etwa 12 000 Milliarden gegenübersteht.

Will nicht Frankreich endlich auch einmal diese Gegenüberstellung prüfen? Jeder Unbefangene muß doch sagen, daß Deutschland bei dieser Sachlage vorläufig keine Zahlungen mehr leisten kann. Würde auch die Steuerstrafe noch so sehr angepannt, den Fehlbetrag des eignen Bedarfs und zugleich noch 1,2 Milliarden Goldmark Barzahlungen an der Feind aufzubringen ist einfach unmöglich. Deutschland könnte im Gegenteil noch von unendlichem Glück reden, wenn es unter solchen Umständen von der Weltfinanz 20 Milliarden Kredit im Interesse Frankreichs erhielte.

Der Kapitalschwund in Deutschland

Im Haushaltsausschuß des Reichstags machte Abg. Dr. Helfferich unter gespannter Aufmerksamkeit der Mitglieder interessante Mitteilungen über den Riesenverlust des deutschen Volkvermögens. Er ging davon aus, daß die französische Gewaltpolitik eine solche wirtschaftliche Schädigung des Reichs planmäßig herbeigeführt habe, daß die Zahlung von Kriegsschädigungen über die bisherigen Leistungen hinaus zur Unmöglichkeit geworden sei. Die Erträgnisse der deutschen Aktiengesellschaften, so führte er aus, sind, in Gold umgerechnet, gegenüber dem Stand vor dem Krieg geradezu ungeheuerlich zurückgegangen. Im Jahr 1922 betrug sie insgesamt nur 24 bis 25 Millionen Goldmark gegen etwa 1600 Millionen im Jahr 1913. Der Rückgang ist auch bei solchen Gesellschaften zutage getreten, die ihr Kapital seit 1913 nicht erhöht haben. Die 80 Prozent, die z. B. die Eisenbahnen-Gesellschaft im vorigen Jahr verteilte, bedeuten nur 2 Goldmark auf die Aktie, also 2 vom Tausend auf den Nennwert. Bei der Hamburg-Amerika-Linie sind 30 Prozent ausgeschüttet worden, das sind 1/3 vom Tausend vom Nennwert dieser Aktien. Da das Kapital 180 Milliarden Mark beträgt, macht die Gesamtsumme der verteilten Dividenden 54 Millionen Papiermark oder bei einem Dollarkurs von 36 000 etwa 6000 Goldmark aus. Die Berliner Handels-

gesellschaft, die gleichfalls ihr Kapital seit 1913 nicht erhöht hat, verteilt 200 Prozent Dividende. Auf Gold umgerechnet sind das bei 110 Millionen Goldmark Aktienkapital 220 Millionen Papiermark oder 37 000 Goldmark.

Der Kapitalschwund, an dem Deutschland leidet, zeigt sich in der erschreckendsten Form in den Erträgnissen der Kapitalertragsteuer. Diese sind von 1,5 Milliarden Papiermark im Finanzjahr 1921/22 auf nur 2,7 Milliarden im folgenden Jahr gestiegen, während der Ertrag der Einkommensteuer gleichzeitig von 28,1 auf 333,3 Milliarden sich erhöht hat. Die 1 Prozent Kapitalertragsteuer hat 1921 auf 1922 noch 5 Prozent, 1922 auf 1923 aber nur noch 1/3 Prozent der Einkommensteuer erbracht. Wenn man den ganzen Betrag des mobilen deutschen Kapitals im Weg der Besteuerung einziehen würde, so würde das nach den Zahlen des Jahres 1922/23 nur 5 Prozent der Einkommensteuer erbringen. Diese Tatsache muß man sich vor Augen halten, wenn man nach einer Lösung der Entschädigungsfrage sucht. Wer im Ausland durch Ueberschätzung der deutschen Kapitalisten unerfüllbare falsche Vorstellungen züchtet, der verleitet das Ausland zu Forderungen, die nicht nur das deutsche Kapital, sondern auch die deutsche Arbeiterschaft erdroffeln müßten.

Abg. Helfferich wies ferner darauf hin, daß bei der Kapitalertrags- und Erbschaftsteuer die Erhebungskosten alles vorzuzählen, was die Steuern abwerfen, die Reichsliste hat also von ihnen keinen Vorteil.

Die Reichsregierung zum Werdener Justizmord

Berlin, 9. Mai.

Amlich wird durch WTB. verbreitet: Ein französisches Kriegsgericht verurteilte gestern nachmittag in Werden an der Ruhr, wo es nach Recht und Friedensvertrag nichts zu suchen hat, den Chef der Firma Krupp, Krupp von Bohlen und Halbach, zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, acht leitende Beamte der Kruppwerke zu Gefängnisstrafen zwischen 20 und 10 Jahren und je 100 Millionen Mark Geldstrafe und ein Betriebsratsmitglied zu 6 Monaten Gefängnis. In unerhörter Verletzung der Rechtschaffenheit haben Verbrecher über ihre eigenen Opfer zu Gericht geseßen und ein Urteil gesprochen, das die erste Anlat durch eine zweite verdecken soll. Das Gericht, das kein Gericht ist, weil es keine Spur von Recht hat auf deutschem Boden Recht zu sprechen, fällt ein Urteil, das kein Urteil ist, sondern eine reine Gewalttat. Nicht die Mörder der 14 deutschen Arbeiter, die am Karfreitag dem französischen Militarismus zum Opfer fielen, hat die französische Militärjustiz verurteilt, sondern 10 ehrenhafte, vaterlandsliebende deutsche Bürger, Männer, die nicht einmal an den friedlichen Kundgebungen der Krupparbeiter gegen den militärischen Raubüberfall auf ihre Arbeitsstätten beteiligt waren, wurden mit maßlosen Strafen belegt. Mit einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schreckensurteil in Deutschland aufgenommen. Mit einem Schrei der Empörung muß es in der ganzen Welt, wo nicht alles Gefühl für Menschlichkeit ausgestorben ist, zurückgewiesen werden. Nicht das Recht finden galt es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machtwortiger Gewaltpolitik stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dürne des französischen Militarismus erniedrigt. Die Richter verurteilten sich selbst. Niemand wird ihnen den Blah an dem Pranger neiden, auf den sie sich selbst gestellt haben. Das Ruhrgebiet und das Rheinland werden, des sind wir gewiß auch diesem beispiellosen Terror ihrer Beinger nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferwilligkeit, die bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, ausharren, bis Recht wieder Recht geworden ist.

Der Reichsanzler an Herrn Krupp von Bohlen

In einem Telegramm des Reichsanzlers an Herrn Krupp von Bohlen und Halbach im Gefängnis zu Werden wird gesagt: Was heute verkündet wurde, ist verächtliche Verhöhnung der Namen von Recht und Urteil. Mir neigt sich das deutsche Volk vor den Vorkämpfern für das edelste Recht des Mannes, Volk und Staat die Treue bis zum Tode zu halten. Wir werden nicht müde werden darauf hinzuwirken, daß den Verurteilten als bald die Freiheit wird. — An das Direktorium und den Betriebsrat der Kruppwerke in Essen hat der Kanzler ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Der Werdener Spruch kann die Schuld am Essener Arbeitermord nicht von den weltbekanntesten schuldigen französischen Gewalttätigen verrücken, an deren Stelle nun Krupp und die Mitverurteilten hängen sollen. In den vom französischen Militarismus Bergewaltigten ehrt das deutsche Volk die durch seinen Nachspruch zu beugenden Vorkämpfer des deutschen Widerstandes.

Reichsminister Dr. Rosenberg telegraphiert an Krupp, bei seiner Verurteilung werde ihn das stolze Bewußtsein trösten, daß fremde Willkür ihn in eiserne Schicksals-



gemeinsam mit seinen Arbeitern zusammenzuführen und so durch Anrecht und Gewalt ein neues Symbol der schönsten Arbeitserleichterung des Hauses Krupp schaffen.

Von der Verteidigung ist gegen das Urteil des Weidener Kriegsgerichts, das von den betroffenen Herren mit würdevoller Ruhe entgegengenommen wurde, sofort Revision angemeldet worden, die wahrscheinlich am 18. Mai vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf verhandelt werden wird.

Die Reichsregierung zur Lage

er. Berlin, 10. Mai. Aus bester Quelle erfahre ich, daß in den maßgebenden hiesigen Kreisen die Lage nach der französisch-belgischen Ablehnung des deutschen Angebots durchaus nicht so ungünstig beurteilt wird, wie es zum Teil im Publikum, in der Presse geschieht, und in der Börse geschehen ist. Es wird versichert, Poincaré habe offenbar eine brutal ablehnende Antwort im Still seiner letzten Denkschriften vorbereitet gehabt, wie aus den gehässigen Artikeln der Pariser Blätter vor der Uebergabe des deutschen Vorschlags hervorging. Ein anderer Berliner Entwurf war wohl Poincaré durch Vertrauensbruch (auf dem Weg über die Schweiz, D. Schr.) zu Gesicht gekommen. Immerhin, Poincaré mußte seine geplante Antwort fallen lassen und auf die entschiedene Einsprache Belgiens, das von London stark beeinflusst worden war, zu einer ausführlichen Beantwortung sich herbeilassen, so schwer ihm das gefallen sein mag. Diese Antwort läßt tatsächlich, nach der Auffassung der Reichsregierung, die Tür für Verhandlungen offen, wie auch die Heher in Frankreich voll Entrüstung bezeugen. Weiter war für Poincaré bestimmend, sein deutschfeindliches Temperament im Augenblick zu zügeln, daß ihm der Unwille Englands nicht verhehlt wurde, und der Wind im Londoner „Observer“, England und Amerika würden bei fortwährendem eigenwilligen Vorgehen Frankreichs genötigt sein, es etwas dringender an seine Kriegsschulden zu erinnern, soll auf unmittelbare Anregung maßgebender Stellen zurückzuführen sein. Lord Curzon wird im Unterhaus sprechen. Wenn er auch voraussichtlich sich Frankreich gegenüber größter Zurückhaltung befleißigen wird, so genügt es für Deutschland vorerst, daß Poincaré zu Verhandlungen gedrängt wird, wo er im Angesicht deutscher Vertreter Farbe bekennen muß. — Das ist, wie gesagt, die Meinung in Berlin.

Aus dem besetzten Gebiet

Neue Heldentaten

Essen, 10. Mai. In Aplerbeck-Süd wurde ein Fabrikwächter von einem französischen Posten erschossen.

In Welper wurde ein Mädchen in ihrer Wohnung von drei französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. In Hattingen wurden vier Schulknaben und Beherlinge, die beim Vorübergehen einiger französischer Soldaten gepöbelt haben sollen, zu je 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Köln, 10. Mai. In Euskirchen wurden wieder 60 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen. In Bonn wurden mehrere Möbelhändler verhaftet, um von ihnen die Auslieferung von Ausstattungen für 480 französische Eisenbahner zu erpressen. Sofort wurden 180 Familien, meist von pensionierten Offizieren und Beamten ausgewiesen und besetzt. Die Betroffenen hatten die Wohnungen binnen 4 Stunden zu verlassen und durften nur das Nötigste an Kleidung und Wäsche einpacken. — In Jülich gaben die Belgier bekannt, daß alle der Staatsbahn gehörigen Wohnungen zu räumen seien, falls die Inhaber nicht sofort den Eisenbahndienst wieder aufnehmen. — Mit dem Landrat Burghoff in Prüm und dem Beigeordneten Rademacher in Trier ist nunmehr der letzte Landrat und der letzte besetzte Beigeordnete aus dem Regierungsbezirk Trier ausgewiesen worden.

Mainz, 10. Mai. Der Soldat, der ein bei einem französischen Offizier bedienstetes deutsches Mädchen erschossen hatte, wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Zwischen Oppenheim und Rierstein, in der Nähe der französischen Wache, wurde der Kreisveterinar Dr. Gerhart von Oppenheim tödlich verletzt und geraubt aufgefunden.

Neuer Uebergang der Rheinlandkommission

Koblenz, 10. Mai. Die Rheinlandkommission hat durch Verordnung Nr. 167 befohlen, daß vom 19. Mai an der Stempel auf dem Personalausweis für den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet sowie für den Grenzverkehr von den Besatzungsbe-

hörden verlangt wird. Die vorgeschriebenen Geleitcheine der Bewohner des unbesetzten Deutschland sind für den Eintritt in die besetzten Gebiete vom 9. Mai an erforderlich. — Durch diese rechtswidrige Verordnung des Bahzwangs soll der Verkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und den Einbruchgebieten vollkommen unterbunden werden.

Für die besetzten Gebiete

Die Rührspende der hessischen Landwirtschaft beträgt nach dem Bericht der Landwirtschaftskammer in zwei Monaten außer großen Mengen von Butter, Brot, Fleischwaren und sonstigen Lebensmitteln bereits 93 Eisenbahnwagen Getreide, Mehl und Kartoffeln im Wert von über 200 Millionen Mark. Dazu kommen 15 Millionen Mark in bar und 100 Eisenbahnwagen Kartoffeln, die teils unentgeltlich, teils zu sehr billigen Preisen schon vorher geliefert worden waren. — Aus Ostpreußen sind bis jetzt 121 Eisenbahnwagen Lebensmittel e. getroffen.

Vom Ausland sind in den letzten Tagen eingegangen: Aus Lugano 50 Dollar, aus Bern 3325 Franken und 20 500 Mark, San Remo 1 Million Mark, aus Alicante (Spanien) 297 Peseten, aus Barcelona 1,25 Millionen Mark, aus Christiania 35 Kronen und 260 000 Mark, aus Guatemala 3200 Dollar. Weiterhin wurden aus Graz 37,8 Mil. Kronen, aus der Tschechoslowakei 10 224 tschechische Kronen überwiesen.

Neue Nachrichten

Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen

Berlin, 10. Mai. Nachdem der Präsident des Schaumburg-Lippeschen Landtags, der ehemalige Bahnmeister Laitsch (Soz.) zum Landrat von Bückeburg gewählt ist, dürfte die Einverleibung des früheren Fürstentums in Preußen bis zum Herbst Tatsache werden. Die Verhandlungen schweben schon längere Zeit.

Strafverfahren gegen kommunistische Abgeordnete

Berlin, 9. Mai. Gegen die kommunistischen Abgeordneten Schölen, Sobotta und Frau Wolfstein ist ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie bei der zwangsweisen Entfernung des kommunistischen Abgeordneten R. Hoffmann aus der Sitzung des preussischen Landtags den Polizeibeamten tätlichen Widerstand entgegengesetzt und die Beamten beleidigt hätten. Die parlamentarische Verfolgungsfreiheit steht dem Verfahren nicht entgegen, da das polizeiliche Eingreifen auf jenseitiger Tat erfolgte.

Söderblom in München

München, 10. Mai. Der schwedische Erzbischof D. Söderblom hielt hier auf Einladung der Ludwig-Maximilians-Universität drei Gastvorlesungen über die Frömmigkeitstypen der christlichen Konfessionen. Söderblom ist bekanntlich ein Verfechter der kirchlichen Einheitsbestrebungen. Die Vorlesungen machten in kirchlichen und politischen Kreisen den größten Eindruck.

England und die deutsche Note

London, 10. Mai. Der bekannte Wirtschaftspolitiker Sir George Paish erklärt, das deutsche Angebot sei durchaus vernünftig und wohl geeignet, als Grundlage für Verhandlungen zu dienen. Christlicher hätte die deutsche Reichsregierung nicht handeln können, als daß sie vorschlug, die Festsetzung der Entschädigung einem unabhängigen Ausschuss zu übertragen, falls ihr Angebot abgelehnt würde. Jedenfalls sei die Jahreszahlung von 1,8 Milliarden Goldmark (einschließlich der Verzinsung und Tilgung der letzten 10 Milliarden) das Beste, was Deutschland leisten könne. So denke der größte Teil der Engländer, es sei aber allerdings zweifelhaft, ob Curzon den Mut finden werde, gegen Frankreich seine bessere Ansicht zu behaupten, obgleich auch in der Regierung viele Deutschlands Haltung billigen und der Ansicht seien, daß Frankreich kein Recht habe, die Entschädigungsfrage allein von sich aus zu lösen. In der amerikanischen Presse sei mit wenigen Ausnahmen das deutsche Angebot günstig beurteilt worden.

Eine englische Regierungserklärung

London, 10. Mai. Schatzsekretär Baldwin verlas im Unterhaus eine Erklärung zur deutschen Note, in der es heißt: Die britische Regierung war der Ansicht, daß es der natürlichste und beste Weg gewesen wäre, wenn die verbündeten Regierungen die Note gemeinsam beantwortet hätten, zumal sie die Antwort auf Lord Curzons amtliche Anregung

darstellt, und die Entschädigungsfrage eine Angelegenheit aller Verbündeten ist. Auch brauchten sich nach der Ansicht der britischen Regierung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu ergeben bei der Auflegung einer gemeinschaftlichen Antwort unter Vorbehalt der französischen und der belgischen Regierung, die aus der Befragung deutschen Gebiets durch ihre militärischen Streitkräfte sich ergebenden Fragen besonders zu behandeln, wenn sie es wünschten. Die britische Regierung hatte Grund zu der Annahme, daß diese Auffassung von einigen ihrer Verbündeten geteilt würde, und war bereit, dahingehende Vorschläge zu machen, nachdem sie schon ihre allgemeine Ansicht den Verbündeten mitgeteilt hatte, als sie amtlich davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß die französische und die belgische Regierung schon für sich allein eine gemeinsame Antwort aufgesetzt hätten. Die britische Regierung fühlt sich indessen nicht von der Pflicht entbunden, ihre Ansichten in der Beantwortung der deutschen Note festzustellen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die italienische Regierung, deren Haltung sich in allgemeiner Uebereinstimmung mit der der britischen Regierung befindet, ein ähnliches Vorgehen unternehme. Sobald die britische Antwort der deutschen Regierung mitgeteilt sein werde, wird sie veröffentlicht werden.

Im Oberhaus hat Lord Curzon eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Die gesamte Presse spricht sich im Sinn der gestrigen Regierungserklärungen aus. Die „Times“ erklärt, es sei anerkannt worden, daß der Wortlaut der Erklärungen ungewöhnlich deutlich war. Die allgemeine Ansicht sei die, daß eine endgültige Erklärung in nicht missverständlicher Sprache sehr vorteilhaft der Lage beitragen werde.

Französische Stimmen zur englischen Erklärung

Paris, 9. Mai. Zu den gestern im Unter- und Oberhaus abgegebenen Erklärungen, die offenbar in Paris Eindruck gemacht haben, schreibt das „Echo de Paris“: Lord Curzon und Sir Baldwin haben das Recht, nicht an die Politik des 11. Januar zu glauben und sich ihr nicht anzuschließen. Sie haben das Recht, ihre Bedingungen an Deutschland zu geben, wie es ihnen gut erscheint; aber sie müssen uns das gleiche Recht zuerkennen. Das Blatt nennt das Verhalten der beiden „Leutnants“ von Bonar Law unzulässig. Die deutsche Note sei auf die persönlichen Bemühungen des Leiters des Auswärtigen Amtes zurückzuführen. Frankreich muß ihn (Curzon) also wegen seiner Beschlüsse befragen. Bildet sich denn, so fragt das Blatt, Lord Curzon ein, daß wir ihm für seine Unterredungen mit Deutschland dankbar sind?

Paris, 10. Mai. Am Dienstag wurde die Kammer wieder eröffnet. Poincaré erklärte, der Regierung würde im gegenwärtigen Augenblick, wo die englische Antwort auf die deutsche Note noch nicht bekannt ist, eine Aussprache über die auswärtige Politik höchst unerwünscht sein. In der nächsten Woche werde Gelegenheit dazu gegeben sein. Die Kammer war damit einverstanden.

Das englische Königspaar in Rom

Rom, 10. Mai. Das englische Königspaar ist am Dienstag in Rom eingetroffen und mit großen Ehren empfangen worden. Bei der Hofafel im Quirinal (Königspalast) wechselten beide Könige Trinksprüche, die auf die ungetriebene Freundschaft zwischen England und Italien hinwiesen. König Georg pries die italienische Waffenbrüderschaft vom Rimmkrieg bis zum Weltkrieg.

Man glaubt, daß Bonar Law, der auf seiner Erholungsreise in Oberitalien sich befindet, in Rom mit dem König zusammentreffen wird.

Eröffnung der Feindseligkeiten durch Griechenland?

Belgrad, 9. Mai. Ein aus Angora heute dem Blatt „Politika“ zugegangenes Telegramm meldet: Griechische Truppen haben ihren Angriff gegen die Türken bei der Ortschaft Kavandama eröffnet. Griechische Flugzeuge bewarfen die türkischen Stellungen mit Bomben.

Ein Eisenbahnzug in China überfallen

London, 10. Mai. Reuter. In Schantung haben entfessene chinesische Soldaten einen Eisenbahnzug überfallen und 127 Ausländer, namentlich Amerikaner, als Geiseln gefangen genommen. Die Vertreter der ausländischen Staaten haben bei der Regierung in Peking sofort ernste Schritte unternommen, worauf diese sich bereit erklärte, das von den Räubern verlangte Lösegeld zu zahlen. Der amerikanische Staatssekretär für das Kriegswesen teilte mit, das Kriegsamt sei bereit, etwaige Beschlüsse des Staatsamts oder des Gesandtenrats in Peking mit Waffengewalt zu unterstützen.

Blaubart.

59) Roman von Marianne Hewis.

Ebert erklärte sich bereit. „Mit Vergnügen!“ — und man konnte heraus hören: Ich verlasse den Gast nur allzugern!

„Möchten Sie nicht lieber selbst —?“ — wandte sich Attmatt an Kemmermann und erhob sich.

Aber mit einem: „Wozu hat man denn die Söhne?“ drückte ihn der Rat in den Sessel zurück, bot ihm eine neue Zigarre an und schenkte frisch von dem geistigen Ungar ein, während Ebert fortellte.

Der Rat hatte vorhin mit Schrecken wahrgenommen, daß eine Blutwelle Attmatts ohnehin eingebranntes Gesicht ganz braun färbte und in den gütigen, geduldigen Augen blaue Blitze aufzuckten.

„Ebert ist von einer geradezu unerträglichen Erregtheit und Gereiztheit“, bemerkte Kemmermann, indem er sich anscheinend gleichmütig mit seiner Zigarre beschäftigte.

„Hätte ich ihn früher von dieser Seite kennen gelernt, so würde ich mich zehnmal befonnen haben, ob ich ihm meine Tochter geben dürfte! — Aber ich hoffe, der Anfall geht vorüber. Mir scheint, die unsicheren Ansichten, die die politische Lage diesem Verunsicherten schaffen könnte, bringen ihn schon jetzt außer sich.“

„Wir müssen viel Geduld haben, nicht wahr, Tine?“ Tine und Thea hatten nämlich, jede mit einer Sandarbeit beschäftigt, der Unterhaltung stumm zugehört. Und Thea sah, bis in die Lippen bleich, tief über ihre Näheren gebeugt.

Es wurde noch eine Weile dies und das gesprochen — ziemlich über's Herz weg! Dann ließ Attmatt sich doch nicht länger halten.

„Ich muß mich ebenfalls noch in Wald und Feld umschauen. Kann mein Wagen vorkommen? Und behalten

Sie Donata wieder einmal über Nacht hier? Mir fällt ein, daß ich morgen in der Stadt zu tun habe. Sie wäre dann allein. Nächster Tage hole ich sie mir wieder.“

Er fuhr ab, nachdem er sich seine Tochter im Garten gesucht und sie, wie immer, zärtlich zum Abschied geküßt hatte.

Thea war in ihr Zimmer gegangen.

„Sprich mit Ebert, Philo!“ sagte Tine ärgerlich und besorgt. „Er lemt sich ja nicht mehr. Mir scheint, dieses war, was Phipps während seiner kurzen akademischen Laufbahn Tusch nannte!“

„Attmatt ist doch Reserveoffizier wie du und wird sich von unserm angenehmen Schwiegersohne nicht alles bieten lassen!“

Kemmermann nickte und meinte feuchend und stirnrunzelnd: „Rede also du mit Flora!“

Das tat Tine ohne Verzug und wurde von ihrer Tochter ausgelacht.

„Mir gefällt Ebert, wie er ist! Wir verstehen uns vorzüglich und können beide Nichtstun und Ungewißheit nicht vertragen. — Besuche uns in der Levante, Mutter! Du wirst die liebenswürdigsten Kinder finden.“

Als Tine ihrem Manne berichtete, zuckte der die Achseln und entgegnete kurz: „Sie sind mündig. Was sie sich einbilden, müssen sie ausessen.“ —

Attmatt verließ seinen Wagen bald, schickte ihn voran nach Hause und ging zu Fuß.

Kurz vor dem Walde stieß er auf Ebert, der nach Erledigung seines Auftrags langsam nach Kemmern zurückschlenderte.

„Begleiten Sie mich eine kleine Strecke, Herr Ebert! Ich habe mit Ihnen zu reden!“ sprach Attmatt mit seiner gewohnten Ruhe.

Sie hatten beide höflich die Hüte gezogen. Ebert nahm die linke Seite. Und schweigend schritten sie in den Wald hinein.

Unter den ersten Baumschatten blieb Attmatt stehen, sah Ebert fest an und sagte vollkommen gelassen: „Sie nannten vorhin die Oesterreicher eine laische Gesellschaft. Erinnern Sie sich dessen?“

„Sehr wohl.“

„Sie übereilten sich nicht im Ausdruck?“

„Nein.“

„Ist Ihnen bekannt, daß mein Geschlecht aus Oesterreich — Tirol — stammt?“

„Ja.“

„Das genügt. Wir werden uns übermorgen, wenn Sie und ich unsere Angelegenheiten geordnet und uns Zeugen aus der Stadt besorgt haben, in diesem selben Walde wieder treffen.“

Er hatte nicht im mindesten die Stimme gehoben, grüßte und wollte weitergehen.

Ebert vertrat ihm den Weg.

„Galt Herr von Attmatt! — Sie blicken bestrebt und denken: Der Worte sind genug gewechselt! Wozu also diese Taktlosigkeit?“

„Aber ich spreche Sie heute vielleicht zum letztenmal im Leben. Denn wir beabsichtigen wohl beide für übermorgen keinen Späß.“

„Ich habe Ihnen noch etwas zu sagen.“

Großverwundert hatte Attmatt den Gegner allerdings angeschaut. Jetzt nickte er.

Ebert fuhr fort: „Herr von Attmatt, das folgende gebietet mir mein Gewissen.“

„Ich verhehle es nicht: ich hasse Sie! — Aber meine Wahrheitsliebe läßt sich vom Haß nicht beugen, weniger meine Berufstreue.“

(Fortsetzung folgt.)

Amritsar (Indien), 10. Mai. In der Stadt ist es in den letzten Tagen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern gekommen. Die öffentliche Ordnung ist aufgelöst. Die Kaufäden der Hindus sind geschlossen.

Vertamschung des Raubs

Berlin, 10. Mai. Nach Mitteilungen aus Warschau werden in Polen deutsche Waren, die in den besetzten Gebieten beschlagnahmt wurden, durch französische Agenten zu Schleuderpreisen verkauft.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Mai.

Der Reichstag stimmte in seiner Dienstagssitzung der Verlängerung des Notgesetzes gegen den Wucher bis zum 31. Oktober in 1. und 2. Lesung zu und bewilligte dann den Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds. Das Haus beschloß sich dann mit dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags. Hier wies Abg. Reichert (D.nat.) auf die ungeheuerlichen Leistungen hin, die Deutschland auf diesem Gebiet schon geleistet habe und die in die Milliarden gehen. Abg. Dernburg (Dem.) machte die Feststellung, daß Poincaré mit der Wahrheit sehr wenig sorgsam umgehe. So habe er z. B. behauptet, daß Reich habe an die deutschen Kassen 31 Milliarden Goldmark bezahlt, ohne den Reichstag zu befragen. Tatsächlich seien zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nur 262 Millionen Goldmark bezahlt worden. Auch habe der Reichstag diesen Beschluß erst fassen müssen. Der Haushalt wurde genehmigt.

Der Reichstag nahm dann die dritte Lesung des Versammlungsverordnungsgesetzes in Angriff. Nach der sehr zermürbenden Fassung der zweiten Lesung wird mit Gelächter, neben dem auf Geldstrafe anerkannt werden kann, bestraft, wer Versammlungen oder Kundgebungen mit Gewalt verhindert oder sprengt. Nach dem Kompromißantrag Marx (Zentr.), Probanz (Dem.) soll noch hinzugefügt werden, daß mit Gefängnis und mit Geldstrafe bestraft wird, wer bei solchen Versammlungen oder bei solchen Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung zu sprengen. Die Deutschnationalen beantragten, auch den Versuch für strafbar zu erklären, wenn die Gewalttätigkeiten begangen oder die Bedrohung mit einem Verbrechen erfolgt ist. Der Kompromißantrag wurde angenommen und mit ihm dann das ganze Gesetz in dritter Lesung gegen die Linke.

Der Reichstag setzte dann die zweite Lesung des Reichshaushalts fort und zwar beim letzten Etat, beim Finanzministerium.

Der Prozeß gegen das Schandurteil.

Berlin, 9. Mai.

Präsident Eöbe eröffnete die Sitzung am Mittwoch mit folgender Ansprache, die die Reichstagsabgeordneten stehend anhörten: Ihnen allen sind die Schandurteile zur Kenntnis gekommen, die in Werden und in Mainz gegen die Vertreter des Kruppschen Betriebs, gegen den Betriebsrat und gegen die Gewerkschaftsführer der Eisenbahnbeamten ergangen sind. Landfremde militärische Richter haben den Versuch gemacht, den Mord an den Essener Arbeitern zu verhängeln, den Mord an den deutschen Vandalen der Ermordeten zu jahrelangem Kerker verurteilen. (Lebhafte Pfufe im ganzen Hause.) Sie gaben sich wohl der kindischen Auffassung hin, daß sie die Augen der Welt damit blenden können. Sie glauben, daß sie hinter dem dunklen Vorhang der Schandensucht das Blut von sich abwischen können, das an ihren Händen haften bleibt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich beneide diese Männer um ihr richterliches Urteil nicht. Wir wollen darüber nicht mit ihnen rechten, aber ich beklage den Mord, der damit von neuem zwischen zwei Völkern gesät wird (sehr richtig), der immer tiefer wirkt. Ich darf im Namen des Reiches den Betroffenen, allen denen, die in den Kerker schmeißen, die ihre Heimat verloren haben, den Hinterbliebenen der Gefallenen sagen: Was Ihr schuldlos leidet, leidet Ihr für Euer Volk, und es wird der Tag kommen, da die Qualen, die Ihr in den Kerker der Erniedrigung auf Euch genommen habt, aus den Blättern der Geschichte hell herausleuchten, zu einem Ruhm ausstrahlen, während die Grausamkeit Eurer Feinde verächtlich beiseite geschoben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann könnt Ihr mit Ruhe und Stolz diesem Urteil entgegensehen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurde die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums fortgesetzt, in Verbindung mit der Interpellation der Mittelparteien über den Markkurs.

Württemberg

Stuttgart, 10. Mai. Der Nachfolger. An Stelle des verstorbenen Ministers Graf wird Schultze Dangel in Uppingen, O.A. Biberach, bisheriger Vorsitzender des Schwäb. Bauernvereins, in den Landtag eintreten.

Stuttgart, 10. Mai. Vom Landtag. Der Finanzausschuß hat die Gewährung eines angemessenen zu verzinsenden Staatsdarlehens von 60 Millionen Mark an die Spinnkreiskasse in Neuklingen genehmigt. — Der Schulratschuß erklärte eine Beschwerde des Lehrervereins gegen die Befähigung des Kultusministeriums über den Religionsunterricht mit allen gegen 5 Stimmen der Sozialdemokratie für erledigt.

Hohenheim, 10. Mai. Von der landwirtschaftlichen Hochschule. An der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim haben am Schluß des Winterhalbjahres 1922/23 98 Studierende die landwirtschaftliche Diplomprüfung bestanden.

Heidenheim, 9. Mai. Honigpreis — Ruhrhilfe. Der Bienenzüchterverein hat den Honigpreis auf den Preis für Fett, den fünfjährigen Zuckerpreis festgesetzt. — Bis 1. Mai sind für die im Bezirk eingeleitete Sammlung für die Ruhrhilfe bei der Oberamtspflege 16 Millionen Mark eingegangen.

Heidelberg, 10. Mai. Der Stadtrat hat den Umbau des Stadttheater beschlossen. Die Kosten betragen 120 Millionen Mark.

Bruchsal, 10. Mai. Als die Landwirte von Rheinsheim,

wie gewohnt, auf die im Rheingebiet gelegene Insel Grün gefahren waren, um dort ihre Acker zu bestellen, erschienen die Franzosen und erklärten sämtliche Fuhrwerke für beschlagnahmt. Bürgermeister Bredt und die bayerische Behörde erhoben gegenüber diesem Gewaltakt bei dem französischen Kommando Einspruch, worauf die Fuhrwerke wieder freigegeben wurden. Jedoch ist die Insel Grün für die Rheinsheimer Landwirte gesperrt worden. Et. „Bruchsaler Ztg.“ finden augenblicklich Verhandlungen statt, um dieses Sperrverbot rückgängig zu machen.

Singen a. H., 10. Mai. Unter der Leitung des Spielleiters am Stadttheater St. Gallen, Paul Kolkowik, werden am 24. Juni die Hohentwiel-Festspiele 1923 auf der Festspielbühne mit Verhart Hauptmanns „Der arme Heinrich“ eröffnet.

Kokales.

Billbad, 11. Mai 1923

Das Bezirksfest der evang. Kirchengemeinden am Sonntag den 6. Mai, das vom herrlichen Frühlingswetter begünstigt war, übte eine große Anziehungskraft aus und lockte wohl 2000 Personen auf den Festplatz unweit von Calmbach bei der „Mathildenruhe“. Etwa 2 1/2 Stunden lang wechselten Reden und Ansprachen mit Deklamationen und musikalischen Vorbietungen. Machtvoll erklangen zwischen den hohen Tannen die Lieder, die von den vereinigten Posaunenchor des Bezirks (Birkenfeld, Calmbach, Gräfenhausen und Neuenbürg) gespielt wurden, in edlem Betteiser boten die Kirchenchöre von Calmbach und Höfen ihr Bestes; auch die Jungfrauenchöre von Birkenfeld, Calmbach, Engelsbrand, Höfen und Neuenbürg waren zur Stelle und erquickten durch ihre schöne Kunst die versammelte Gemeinde. — Die Begrüßungsworte zu Beginn der Feier wurden von Dekan Dr. Wegerlin gesprochen, die Hauptrede über das Thema: „Was fordert das Erbe unserer Väter von uns?“ hielt Pfarrer Kirn von Bronnweiler, über den evang. Volksund als einigendes Band der deutsch-evangelischen Volksgenossen sprach Medizinalrat Dr. Fritz Billbad. Er betonte, das evangelische Christentum sei die einzige Rettung in der Not des evangelischen Volkes, wenn es eine Rettung überhaupt noch gibt. Wie er die praktische Auswirkung dieses evang. Christentums in der Not unserer Zeit sieht, zeigte er an verschiedenen Beispielen. Pfarrer Schwarzmaier von Calmbach brachte in einem kraftvollen Schlußwort den Dank für das Gebotene zum Ausdruck. Mögen die Samenfrüchte, die auf dem Bezirkstag ausgestreut wurden, auf einen guten Boden gefallen sein, mögen sie wachsen und Frucht bringen.

Zur Brotversorgung. Die Verordnung über die öffentliche Brotversorgung wurde vom Reichsrat dahin abgeändert, daß dem Hausstand des Haushaltungsvorstands auch diejenigen Angehörigen zugerechnet werden können, für die der Vorstand außerhalb seines Haushalts Unterhalt gewährt. Die für die Versorgungsberechtigung zulässige obere Einkommensgrenze wurde mit Rücksicht auf die Geldentwertung um das 7fache erhöht.

Vorsicht bei Mordeln. In Berlin sind in letzter Zeit verschiedene Fälle von Vergiftung durch Mordelpilze (*Gymnocybe scabra*) festgestellt worden. Das Gesundheitsamt macht darauf aufmerksam, daß es zur Entgiftung des beliebten Pilzes nicht genügt, ihn abzudrücken. Es empfiehlt sich, die Mordeln zu trocknen, wodurch der Giftstoff wahrscheinlich zum großen Teil zerstört wird. Personen mit schwachen Magen und namentlich Kinder sollten nicht mehr als höchstens etwa 200 Gramm und nicht öfter als einmal am Tage Mordeln in irgend einer Form genießen.

Der 11. August. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat gegen die Erhebung des Gedenktags der neuen Verfassung von Weimar am 11. August zum nationalen Feiertag Einspruch erhoben. Einmal hätte es mit diesem Gedenktage keine solche Eile gehabt und die Gefühle eines großen Teils des deutschen Volkes, das bezüglich dieses Tags anderer Meinung sei, hätte mehr Schonung verdient. Der Feiertag falle mitten in die Erntearbeiten, die meisten Landwirte seien also nicht in der Lage, den Feiertag einzuhalten. Eine Bittschrift an den Reichstag empfiehlt, den Feiertag vorerst auszusparen.

Die 30 Milliarden, die die Reichsregierung als Kriegsschuldung angeboten hat, bedeuten soviel, daß nach dem heutigen Kursstand auf den Kopf der Bevölkerung Deutschlands 3 1/2 Millionen Mark zu bezahlen wären. Dabei ist zu beachten, daß durch den Schandvertrag von Versailles bereits über 100 Milliarden Goldwert oder 12—13 Millionen Papiermark auf den Kopf geraubt sind.

Allerlei

Die deutsche Glocke am Rhein. In den Abendstunden des 5. Mals wurde in Apolda von der Hand des Meisters Heinrich Ulrich die „Deutsche Glocke am Rhein“ gegossen, die als Ersatz für die Kaiserglocke im Kölner Dom bestimmt ist. Der Guß ist nach der Ansicht der Firma vollkommen gelungen und dauerte von 9,15 bis 9,24 Uhr. Das Schmelzen der Metalle hatte bedeutend mehr Zeit beansprucht als angenommen war. Ueber 24 Stunden wurden gebraucht, wobei die Bronze, aus etwa 78 Teilen Kupfer und 22 Teilen Zinn bestehend, auf etwa 1400 Grad erwärmt wurde. Um die Klarheit des Tones nach Möglichkeit zu sichern, begnügte man sich nicht mit den sonst üblichen 1200 Grad. 30 Kubikmeter Fichtenholz wurden zum Schmelzen verbraucht. Die Glocke hat trotz ihrer Nischenhöhe, 3,25 Meter Durchmesser und 25 000 Kilogramm Gewicht, eine sehr gefällige Form und ist nicht nur die größte, sondern auch eine der schönsten Westeuropas. Nur in Roskau und in China gibt es nach der Angabe der Firma noch mächtigere Glocken, die aber nicht geläutet werden können. Bestimmt ist sie auf den Ton C (erster Ton der „kleinen“ Oktave).

Die Ferienkinder in Böhmen. Von den deutschen Kindern, die von Deutschböhmen in Haide in Ferienaufenthalt aufgenommen wurden, laufen Briefe ein, die zum Teil nicht genug rühmen können, wie gut es den Kindern gehe. Ein 10jähriges Mädchen, das bei einem Bäcker zu Gast ist, berichtet: „Die Bäckchen (Weißgebäck) sind hier dreimal so lang und doppelt so breit wie zuhause, und weiß wie das Bett. Sie werden in der Nacht gebacken und deshalb sind sie früh so schön weich und frisch.“ Ein 13jähriger Junge schreibt: „Das Brot darf ich mir selber mit Butter bestreichen, und wenn es nicht dick genug ist, nimmt man sie weg und streicht viel da-

rauf, und dann kommt noch Wurst darauf und so geht es den ganzen Tag. Und ich bekam morgens einen ganzen Kuchen und da blieb nur ein Stück übrig.“ Ein anderer berichtet: „Mein Mantel ist mir zu eng geworden.“ Ein Mädchen klagt: „Wenn ich nur recht essen könnte!“ Das scheint eine andere besser zu können, die mitteilt: „Um 12 Pfund habe ich zugenommen, aber wohin das gegangen ist, weiß ich nicht.“ Ein Junge prahlt: „Von der geschlachteten Sau habe ich 20 Leberwürste gegessen, und jetzt kommen die Blutwürste dran.“

Universitätsstreik. Sämtliche außerordentliche Lehrer der Universität Köln haben ihre Lehrtätigkeit eingestellt, da ihre bescheidene Forderung, den Gehalt auf das 90fache des Vorkriegseinkommens zu erhöhen, abgelehnt wurde. Die Forderung beträgt bekanntlich im Durchschnitt mehr als das 500fache.

Wohnungsnot unter den Störchen. In Brennet (Baden) konnte man kürzlich einen interessanten Kampf der Störche beobachten. Wohnungssuchende fremde Störche griffen das hiesige Storchennest an. Dabei wurde der rechtmäßige Besitzer des Nests in den Kamin hinabgeworfen, aus dem er von mitleidigen Händen, schwarz wie ein Kaminseger, herausgeholt wurde. Die wohnungssuchenden Störche waren aber inzwischen verschwunden.

Die Funkstelle in Sarawak (Borneo) ist mit ihrem neuen deutschen Apparat imstande, auf 11 000 Kilometer Entfernung jede Nacht von 1 Uhr (mitteleuropäische Zeit) an den Verkehr der deutschen Hauptfunkstelle Königswusterhausen mit der Funkstelle Budapest mit gleicher Lautstärke gut und deutlich aufzunehmen. Die Apparate der Funkstelle in Budapest sind ebenfalls deutsches Erzeugnis.

Der Aktua auf Sizilien ist wieder in Tätigkeit getreten. Der Strom glühender Schlafen hat bereits 3 Kilometer zurückgelegt.

Die Sammlung des „Manchester Guardian“ für die Studenten in Deutschland und Oesterreich hat in vier Tagen schon 368 Pfund Sterling (62 1/2 Millionen Mark) ergeben.

Schwere Unwetter haben in der Provinz Sachsen großen Schaden an Häusern und an der Blüte verursacht. Auch Berlin und ein Teil der Provinz Brandenburg wurde von Schadengewittern heimgesucht.

Für ein Selbstbildnis des jungen Rembrandt bezahlte der schwedische Herrscher Gustav von Bergen aus einer Versteigerung in Neunor 31 000 Dollar (fast 9 1/2 Milliarden Mark).

Letzte Nachrichten.

Die Devisenverordnung.

Berlin, 10. Mai. Die neue Devisenverordnung wird voraussichtlich am Freitag in Kraft treten. Für die beteiligten Berufskreise ist der Paragraph von entscheidender Bedeutung, der bestimmt, daß Devisengeschäfte der Devisenbanken, auch wenn es sich um sogenannte Geschäftsbank handelt, bei der Bestimmungsstelle angemeldet werden müssen. Ein weiterer wichtiger Punkt der neuen Verordnung ist das Verbot, wonach für Markkredite keine Devisen mehr gegeben werden dürfen.

Die italienische Antwortnote.

Rom, 10. Mai. Die italienische Regierung wird die deutsche Note morgen abgeben. In der Note wird bemerkt, daß das deutsche Angebot nicht genügend sei, daß es aber trotzdem geeignet wäre, für Verhandlungen den Weg zu bahnen und so eine weitere Verschärfung zu verhindern. Die Note wird in allen wesentlichen Teilen mit der englischen Note übereinstimmen.

Amerika und Lausanne.

Lausanne, 10. Mai. Die Vereinigten Staaten haben wissen lassen, daß sie den Friedensvertrag von Lausanne nicht unterzeichnen werden, daß sie aber bei sämtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Abkommen, die sie mit der Türkei etwa später abschließen würden, weit größere Garantien fordern würden, als die von den Alliierten in Lausanne verlangten.

Englisches Ultimatum an die Sowjetregierung?

London, 10. Mai. Der englische Vertreter in Moskau hat der Sowjetregierung eine Note der englischen Regierung überreicht, in der erklärt wird, daß England, falls die Sowjetregierung nicht binnen 10 Tagen die von England spezifizierten Bedingungen erfüllt, sich nicht mehr an die Bestimmungen des englisch-russischen Vertrages gebunden fühle.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 9. Mai 37 864.

Die Sahnungsänderung der Wirtl. Hypothekbank in Stuttgart, wonach das Grundkapital von 20 auf 60 Millionen Mark erhöht wird, wurde vom Reichsrat bestätigt.

Preissteigerungen an der Frankfurter Futtermittelbörse vom 8. Mai. Die Eröffnung der heutigen Futtermittelbörse, die hier erfolgte, brachte unter dem Einfluß des höheren Devisenstandes im Durchschnitt um 40 bis 50 v. H. höhere Preise als die vormonatliche Preissteigerung.

Berliner Kartoffelnotierung. Die Berliner Kartoffelnotierung für Kartoffel notierte am 8. Mai folgende Preise (in Mark für 50 Kg.): Speisekartoffel weiße und rote 3200 K., gelblichgelbe 3500 K.

Wärkte

Viehmarkt Karlsruhe, 7. Mai. Zufuhr 308 Stück, darunter 17 Ochsen, 35 Ferkel, 13 Kälber, 52 Ferkel, 41 Kälber, 150 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht (in 1000 Mark): Ochsen 1. Sorte 300 bis 320, 2. 275 bis 300, 3. 260 bis 375, 4. 240 bis 260; Ferkel 1. 270 bis 290, 2. 240 bis 270, 3. 220 bis 240; Kälber und Ferkel 1. 300 bis 320, 2. 270 bis 300, 3. 240 bis 270, 4. 180 bis 220; Kälber 3. 340 bis 360, 4. 320 bis 340, 5. 300 bis 320; Schweine von 240 bis 300 Pfund 380 bis 400, 200 bis 240 Pfund 360 bis 380, 160 bis 200 Pfund 340 bis 360, unter 160 Pfund 320 bis 340; Sauen 300 bis 320. Tendenz des Marktes: lebhaft. Der Markt wurde geräumt.

Schweinemarkt Ludwigsburg, 8. Mai. Zufuhr: 3 Käuferschweine und 124 Milchschweine, welche alle verkauft wurden. Preis für ein Stück Käuferschweine 250—350 000 K., Milchschweine 170—230 000 Mark. Der Verkehr ging ruhig. Der Handel war lebhaft.

Am 9. Mai. Schlachtkontrollmarkt. Erloß wurde auf je ein Pfund Lebendgewicht: Bullen 1. Sorte 2250—2400 K., 2. Sorte 1900—2100, Jungbullen 1. Sorte 2800—3100, 2. Sorte 2300—2650, 3. Sorte 1750—2200, Kälber 1. Sorte 1450—1800, 2. Sorte 800 bis 1200, 3. Sorte 2850—3100, 4. Sorte 2700—2800, Schweine 1. Sorte 3700—3800, 2. Sorte 3400—3550 K. Die Zufuhr war auf 1000 Stück. Die hiesigen W-Banktionen werden nach den von den Angehörigen erkundigten in der ersten Juliwache in Am beginnt.

Zufolge des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 hat der Reichsarbeitsminister unterm 12. April 1923 eine Verordnung über Grundlöhne und Lohnstufen erlassen. Der Kaiserortstand beschloß auf Grund des § 6 des erwähnten Gesetzes, dieselben mit Wirkung vom 30. April 1923 ab in Kraft zu setzen, vorbehaltlich der Zustimmung des Oberverwaltungsamts.

Der für die deren Leistungen und die Beitragsfestsetzung maßgebende Grundlohn wird stufenweise nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten festgesetzt und zwar ist der Einstellung der auf einen Kalendertag (nicht Arbeitstag) entfallende Verdienst bzw. Entgelt zu Grunde zu legen. Für die Berechnung ist die Woche zu 7, der Monat zu 30 und das Jahr zu 360 Tagen anzusetzen.

Die maßgebende Lohnstufe ist z. B. bei Tagesvergütung so zu ermitteln, daß letztere mit 6 vervielfacht, der so gewonnene Wochenverdienst dann durch 7 geteilt wird und die dadurch errechnete Summe den auf einen Kalendertag fallenden Arbeitsverdienst darstellt, welcher die Grundlage zur Lohnstufeneinteilung bildet.

Die so festgesetzten Lohnstufen und Grundlöhne bleiben nach den Beschlüssen des Reichstags vom 25. April 1923 über Abänderungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. Nov. 1921 auch für diejenigen Zeiten bestehen, in denen die Mitglieder infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnkürzungen erfahren. Die Arbeitgeber haben den Mitgliedern aber nur zwei Drittel desjenigen Beitrags abzuführen, welcher bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes auf sie entfallen würde. Den vom Arbeitgeber aufzuwendenden Mehrbeitrag hat die Gemeinde dem Arbeitgeber zu erstatten.

(Beispiel: Ein Arbeiter erzielt bei normaler Arbeitszeit an Entgelt im Tag 12.000 Mk., in der Woche 72.000 Mk. Der letztere Betrag durch 7 geteilt ergibt für den Kalendertag ein Durchschnittsentgelt von 10.286 Mk. und begründet damit die Zugehörigkeit zur 14. Lohnstufe mit einem Wochenbeitrag von 5550 Mk. Wird der Arbeiter infolge Beschränkung der Arbeit aber nur 3 Tage in der Woche beschäftigt, so beträgt sein Wochenentgelt 36.000 Mk., der auf den Kalendertag im Durchschnitt entfallende Entgelt 6143 Mk., wodurch nur eine Mitgliedschaft zur 11. Lohnstufe mit einem Wochenbeitrag von 3030 Mk. bedingt ist. Es hat demnach der Arbeitgeber — vorbehaltlich seines Anspruchs für den Mehraufwand an die Gemeinde — an die Kasse den Wochenbeitrag von 5550 Mk. zu leisten, während dem Mitglied nur zwei Drittel aus dem Wochenbeitrag von 3030 Mk. = 2020 Mk. abgezogen werden dürfen.)

Die titl. Arbeitgeber werden nunmehr aufgefordert, falls seit April Veränderungen in den Lohn- und Gehaltsbezügen der bei ihnen Beschäftigten eingetreten sind, die Lohnanzeigen unverzüglich an unsere Kasse zu erstatten. Auch etwa im Laufe des Monats Mai und später eintretende Lohnänderungen sind stets sofort anzumelden. Dabei ist aber, wie auch bei Anmeldungen neu eintretender Versicherten zu beachten, daß, wie früher, stets der wirkliche Arbeitsverdienst anzugeben ist und daß die Umrechnung auf den Verdienst eines Kalendertags von der Krankenkasse erfolgt.

Der Jahresarbeitsverdienst, bis zu welchem Kaufleute, Betriebsbeamte, Werkmeister und sonstige Angestellte in gehobener Stellung krankenversicherungsspflichtig sind, ist ab 1. April 1923 durch reichsgerichtliche Verordnung auf 4800.000 Mark festgesetzt worden. Es sind also vom 1. April 1923 ab solche Angestellte wieder zu unserer Kasse anzumelden, falls ihr Jahresarbeitsverdienst diesen Betrag nicht übersteigt.

In dem in der Tabelle angegebenen Entgelt sind nicht nur die Barbezüge (Lohn, Gehalt, Feuerungsbeihilfen, Gewinnanteile, Provisionen, Trinkgelde) enthalten, sondern auch die Werte der etwa an deren Stelle oder daneben bezogenen Sachbezüge (Kost, Wohnung, Kleidung usw.) eingerechnet.

Wanz besonders weisen wir noch darauf hin, daß gemäß § 23 des oben bezeichneten Gesetzes diejenigen Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge länger als eine Woche von der Zahlungsaufforderung ab in Verzug sind, einen Zuschlag zu den Beiträgen zu bezahlen haben, der für jede Woche des Verzugs vom Beginn der zweiten Woche ab 10 vom Hundert des Betrages beträgt. Der Gesamtbeitrag der Zuschläge darf das 5fache der rückständigen Beiträge nicht überschreiten.

Die Beiträge zur Invalidenversicherung haben sich noch nicht geändert, doch wird eine Aenderung voraussichtlich ab 1. Juli 1923 von Gesetzeswegen erfolgen.

Nachstehende Uebersicht weist die ab 30. April 1923 geltenden Lohnstufen, Grundlöhne, Beiträge und Leistungen auf.

Uebersicht über Lohnstufen, Grundlöhne, Beiträge und Leistungen ab 30. April 1923.

Beitragsfuß 8 Prozent, Leistungen 50 Prozent des Grundlohns.

Lohnstufe	Wird der nachstehende Verdienst erzielt				So begründet dies nach § 26 der Satzung		Anteil des Arbeitgebers		Invalidenversicherung		Anteil des Arbeitgebers		Tägl. Krankengeld	Sterbegeld					
	wöchtl. bis einschließlich	monatlich bis einschließlich	jährlich bis einschließlich	den Verdienst f. d. Kalender-tag bis zu den maßgebenden Grundlöhnen	den Wochenbeitrag	Arbeit	Ver-sichert.	Woch-beitrag	Arbeit	Ver-sichert.	an Mit-glieder	an Ehefrau		an Kinder					
1	466.66	2800	12000	144000	400	250	150	50	100	7	85	42.50	42.50	125	125	300	10000	5000	2500
2	700.—	4200	18000	216000	600	500	300	100	200	8	110	55.—	55.—	250	250	300	10000	5000	2500
3	1050.—	6300	27000	324000	900	750	420	140	280	9	145	72.50	72.50	375	375	300	15000	7500	3750
4	1400.—	8400	36000	432000	1200	1050	600	200	400	10	180	90.—	90.—	525	525	300	21000	10500	5250
5	1866.66	11200	48000	576000	1600	1400	800	260	520	11	225	112.50	112.50	700	700	350	28000	14000	7000
6	2333.33	14000	60000	720000	2000	1800	1020	340	680	12	270	135.—	135.—	900	900	450	36000	18000	9000
7	2800.—	16800	72000	864000	2400	2200	1230	410	820	13	320	160.—	160.—	1100	1100	550	44000	22000	11000
8	3500.—	21000	90000	1.080.000	3000	2700	1500	500	1000	13	320	160.—	160.—	1350	1350	675	54000	27000	13500
9	4433.33	26600	114000	1.368.000	3800	3400	1905	635	1270	13	320	160.—	160.—	1700	1700	850	68000	34000	17000
10	5600.—	33600	144000	1.728.000	4800	4300	2400	800	1600	13	320	160.—	160.—	2150	2150	1075	86000	43000	21500
11	7000.—	42000	180000	2.160.000	6000	5400	3030	1010	2020	13	320	160.—	160.—	2700	2700	1350	108000	54000	27000
12	8633.33	51800	222000	2.664.000	7400	6700	3750	1250	2500	13	320	160.—	160.—	3350	3350	1675	134000	67000	33500
13	10500.—	63000	270000	3.240.000	9000	8200	4590	1530	3060	13	320	160.—	160.—	4100	4100	1800	164000	82000	41000
14	12600.—	75600	324000	3.888.000	10800	9900	5550	1850	3700	13	320	160.—	160.—	4950	4950	1800	198000	99000	49500
15	14930.—	89600	384000	4.608.000	12800	11800	6600	2200	4400	13	320	160.—	160.—	5900	5900	1800	236000	118000	59000
16	über	über	über	über	über	über	13600	2540	5080	13	320	160.—	160.—	6800	6800	1800	272000	136000	68000

Neuenbürg, den 8. Mai 1923.

Vorsitzender des Vorstands: Fr. Heinzelmänn.

Berwalter: Dobernel.

Gesetzliche Miete für Wildbad.

Die Vollzugsverfügung der Stadtgemeinde Wildbad zum Reichsmietengesetz vom 31. Oktober 1922 wird zufolge Verfügung des Ministeriums des Innern vom 26. Februar 1923 (Reg.-Bl. S. 13), vom 28. März 1923 (Staatsanz. Nr. 98) wie folgt abgeändert:

- der in § 2 der hiesigen Vollzugsverfügung festgesetzte Abzug von der Friedensmiete zur Berechnung der Grundmiete beträgt ab 1. März 1923 8% der Friedensmiete;
- der Zuschlag für Steigerung des Aufwands auf hypothetische Belastung (§ 3 der Vollz.-Verf.) beträgt ab 1. März 1923 40% der Grundmiete (Grundmiete ist die Friedensmiete abzüglich 8%);
- der Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt bei monatlicher Zahlung vom 1. März 1923 an 500%, vom 1. Mai 1923 an 1200% der Grundmiete. Für alle übrigen Betriebskosten findet das Umlageverfahren statt (§ 4 der Vollz.-Verf.);
- der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten (§ 5 der Vollz.-Verf.) beträgt ab 1. März 1923 bei monatlicher Zahlung 3000%, ab 1. Mai 1923 8000% der Grundmiete. Erhöhung für jeden Untermieter 50% der Grundmiete, für jedes an Kurgäste vermietete Zimmer 50% der Grundmiete;
- der Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten beträgt bei monatlicher Zahlung ab 1. März 1923 3000%, ab 1. Mai 1923 6000% der Grundmiete;
- für Räume für geschäftliche und gewerbliche Zwecke (§ 7 der Vollz.-Verf.) tritt vom 1. März 1923 an ein weiterer Zuschlag von 500% der Grundmiete für kleinere Betriebe und von 1000% der Grundmiete für größere Betriebe, vom 1. Mai 1923 an von 750% der Grundmiete für kleinere Betriebe und 1500% der Grundmiete für größere Betriebe;
- vom 1. Juni 1923 an gelten für die hiesige Stadtgemeinde die jeweils vom Ministerium des Innern festgesetzten Hundertsätze, soweit durch sie vorstehende Hundertsätze eine Aenderung erfahren (Min.-Verf. vom 28. März 1923, Staatsanz. Nr. 75).

Vorstehende, durch Beschluß des Gemeinderats vom 5. Mai 1923 festgesetzten Zuschläge werden mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die Vertreter der Vermieter und Mieter sich mit den Säzen einverstanden erklärt haben.

Die Zuschläge Ziffer 3, 4 und 5 erhöhen sich auf das Anderthalbfache, wenn der Mieter trotz Aufforderung monatliche Zahlung verweigert.

Für Wildbad beträgt ab 1. Mai 1923 die gesetzliche Miete einschließlich der Grundmiete regel-

mäßig das 141,128fache der Friedensmiete, für kleine Gewerberäume das 148,028fache, für große Gewerberäume das 154,928fache der Friedensmiete. Wildbad, am 9. Mai 1923.

Gemeinderat
Vor.: Baegner.

Milchpreis.

Auf Grund des Schiedsgerichtsbeschlusses vom 3. Mai ds. Js. wurde der Stallpreis für 1 Liter Vollmilch ab 11. Mai auf 500 Mk. festgesetzt. Hierzu kommen der Fuhrlohn von 140 Mk. für 1 Liter, Umsatzsteuer und Kosten der Milchverkaufsstelle. Der Verkaufspreis für 1 Liter Vollmilch beträgt deshalb ab 11. Mai —:

660 Mark.

Stadtschultheißenamt.

Wildbad.

Durch Karl Mößinger, Holzhuier in Sprollenhau, werden im Steinbruch beim Lautenhof vom 12. Mai d. J. an bis auf Weiteres vormittags von 8—10 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr

Steinsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Stadtschultheißenamt.

Sprollenhau, 11. Mai 1923.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Johann Günthner

erfahren durften, besonders für die vielen Krankenbesuche im Krankenhaus in Pforzheim, die vielen Blumenpenden, die trostreichen Worte des Herrn Stadtkirchens, dem Gesangsverein, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagt herzlichsten Dank

Familie Wilhelm Günthner (Fuhrmann).

Liederkranz Wildbad.

Am Sonntag den 13. Mai 1923, nachm. 4 Uhr,

KONZERT

in der Turnhalle

unter Mitwirkung der Herren Konzertmeister Werner Lehmann und Dr. Hans Fischer.

Alle Mitglieder des Liederkranzes mit ihren Familienangehörigen haben freien Zutritt. Nichtmitglieder zahlen pro Person 500 Mk.

Zu diesem Konzert werden die Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder mit ihren Familienangehörigen, sowie Freunde und Gönner des deutschen Liedes freundlich eingeladen.

Der Ausschuss.

Tabakwaren

in größter Auswahl, bester Qualität und jeder Preislage, Cigaretten (reine gute Tabake) zu Mark 40, 60, 70, 80, 120, 150, 180 bis 400, empfiehlt

Bender, Feinkosthlg.

Radfahrer-Verein Wildbad.

Sonntag, den 13. Mai vorm. 11 Uhr vom Lokal Abfahrt zur Bannerweihe in Höfen.

Vollständige Beteiligung der Fahrer wird unbedingt erwartet.

Der Vorstand.

Läufer Schwein

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Die bestellten Kartoffeln

sind eingetroffen. Abgabe morgen Samstag von vorm. 8—11 Uhr. Pünktliches Abholen ist erforderlich. Preis 4100 Mark bei Barzahlung am Bahnhof. Bezugscheine können sofort auf dem Büro abgeholt werden.

Consumverein.

Flüssige Teerseife, geruchlos, das billigste Kopfwaschmittel. Med.-Drog. A. & W. Schmit.

Turn-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 12. Mai abends 8 Uhr findet im Vereinslokal „Alte Linde“ eine außerordentliche

General-Bersammlung

statt. Tagesordnung: Beitragserhöhung u. s. w. Schriftliche Anträge zur General-Bersammlung sind bis 10. Mai beim Vorstand abzugeben.

Der Turnrat.

Pfannkuch & Co
Sriß eingetroffen
eine Sendung schwere Land-Eier zum Einhalten. Wasserglas.
Pfannkuch & Co
G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Feinste **Molkereibutter** empfiehlt Feinkosthaus Bender.

Warnung.

Ich warne hiermit jedermann, die über mich geäußerten falschen Gerüchte weiterzuerbreiten da ich gerichtlich vorgehen werde.

Gottlob Mayer, Schreinermeister.